

# Inhaltsverzeichnis

<b>Teil I Einleitung .....</b>	1
<b>A. Ausgangslage .....</b>	3
<b>B. Gegenstand und Aufbau der Untersuchung .....</b>	7
I. Gegenstand der Untersuchung .....	7
II. Aufbau der Untersuchung .....	9
1. Zu Teil II – Alpenkonvention und Verkehrsprotokoll: Allgemeine Darstellung .....	9
2. Zu Teil III – Die Alpenkonvention und ihre Protokolle als Gemischte Abkommen .....	9
3. Zu Teil IV – Die Anforderungen der Alpenkonventions- protokolle an die Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen .....	10
4. Zu Teil V – EU-Primärrecht .....	11
5. Zu Teil VI – EU-Sekundärrecht .....	12
6. Zu Teil VII – Landverkehrsabkommen .....	12
<b>Teil II Die Alpenkonvention: Ein völkerrechtlicher Vertrag zum Schutz der Alpen .....</b>	15
<b>A. Die Alpenkonvention – Allgemeine Darstellung .....</b>	17
I. Entstehungsprozess der Alpenkonvention .....	17
II. Inhalt der Alpenkonvention .....	19
1. Anwendungsbereich .....	19
2. Zielsetzung – Erhaltung und Schutz der Alpen .....	20
a. Inhaltliche Ausgestaltung .....	21
i. Ganzheitliche Politik zur Erhaltung und zum Schutz der Alpen .....	21
ii. Umsichtige und nachhaltige Nutzung der Ressourcen .....	22
b. Rechtliche Verbindlichkeit .....	25

3. Berücksichtigung der Handlungsprinzipien .....	26
a. Vorsorgeprinzip .....	27
i. Allgemein .....	27
ii. Das Vorsorgeprinzip in der Alpenkonvention und ihren Protokollen .....	28
b. Vorbeugeprinzip bzw. Vermeidungsprinzip .....	31
i. Allgemein .....	31
ii. Das Vermeidungsprinzip in der Alpenkonvention und ihren Protokollen .....	31
c. Verursacherprinzip .....	32
i. Allgemein .....	32
ii. Das Verursacherprinzip in der Alpenkonvention und ihren Protokollen .....	33
d. Kooperationsprinzip .....	34
i. Inhaltliche Ausgestaltung .....	34
ii. Rechtliche Verbindlichkeit .....	36
4. Struktur – Eine Rahmenkonvention mit Zusatzprotokollen .....	38
<b>III. Institutionelle Struktur der Alpenkonvention .....</b>	<b>40</b>
1. Alpenkonferenz .....	40
2. Ständiger Ausschuss .....	41
3. Sekretariat .....	41
<b>IV. Kontrollmechanismen .....</b>	<b>42</b>
1. Streitschlichtung vor einer Schiedsgerichtsbarkeit .....	43
2. Implementierungs- und Nichteinhaltungsverfahren vor dem Überprüfungsausschuss .....	45
3. Bewertung .....	48
<b>B. Entstehungsgeschichte und Stand des Verkehrsprotokolls .....</b>	<b>51</b>
I. Entstehungsgeschichte .....	52
II. Stand der Ratifizierung .....	55
1. Ratifizierung Frankreichs unter Vorbehalt .....	56
a. Vorbehalt oder interpretative Erklärung? .....	56
b. Zulässigkeit der Vorbehalte .....	60
c. Rechtsfolge unzulässiger Vorbehalte .....	62
d. Möglichkeiten, gegen den Vorbehalt im Rahmen eines Streitbeilegungsverfahrens vorzugehen .....	64
e. Zwischenergebnis .....	65
2. Ausstehende Ratifizierung seitens der Schweiz, Monacos und der Europäischen Union .....	65
a. Schweiz .....	65
b. Monaco .....	68
c. Europäische Union .....	68

<b>Teil III Die Alpenkonvention und ihre Protokolle als Gemischte Abkommen .....</b>	71
<b>A. Zur Abgrenzung der Außenkompetenz der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten .....</b>	73
I. Grundzüge der Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge .....	73
1. Zur Begründung der Außenkompetenz der Europäischen Union .....	75
2. Zur ausschließlichen und geteilten Außenkompetenz der Europäischen Union .....	77
a. Ausschließliche Außenkompetenz der Europäischen Union .....	78
b. Geteilte Außenkompetenz zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten .....	80
II. Die Außenkompetenz der Europäischen Union für den Abschluss des Verkehrsprotokolls .....	82
1. Zur Begründung der Außenkompetenz der Europäischen Union .....	82
2. Zur Ausschließlichkeit der Außenkompetenz der Europäischen Union .....	83
<b>B. Zur Rechtswirkung der Alpenkonvention und ihrer Protokolle als Gemischte Abkommen .....</b>	87
I. Zur Rechtswirkung im Fall einer Ratifizierung .....	87
1. Rechtliche Wirkung und Geltendmachung der Alpenkonventionsvorschriften im Völkerrecht .....	87
a. Rechtswirkungen der Alpenkonventionsvorschriften im Völkerrecht .....	87
i. Kompetenzaufteilung .....	88
ii. Keine Kompetenzaufteilung .....	89
1) Kompetenzverteilungstheorie .....	89
2) Vertragskonfliktstheorie .....	90
3) Stellungnahme .....	91
b. Geltendmachung der Alpenkonventionsvorschriften im Völkerrecht .....	92
2. Rechtliche Wirkung und Geltendmachung der Alpenkonventionsvorschriften im Unionsrecht .....	93
a. Rechtswirkungen der Alpenkonvention und ihrer Protokolle in der Rechtsordnung der Europäischen Union .....	93
i. Die Alpenkonvention und ihre Protokolle als „integrierender Bestandteil“ der Rechtsordnung der Europäischen Union .....	93
1) „Integrierender Bestandteil“ der Rechtsordnung der Europäischen Union .....	93
a) Einheitsmodell .....	94
b) Trennungsmodell .....	95
c) Stellungnahme .....	96

2) Bindung der Organe und der Mitgliedstaaten .....	98
a) Allgemein .....	98
b) Pflicht der Europäischen Union zur Durchführung völkerrechtlicher Verträge im Fall einer geteilten Zuständigkeit .....	99
ii. Wirkung völkerrechtlicher Vorschriften .....	101
1) Indirekte Wirkung – Völkerrechtskonforme Auslegung der Unionsvorschriften .....	102
2) Direkte Wirkung .....	104
a) Gesamtwürdigung des Vertragswerks .....	105
b) Einzelbestimmungen .....	108
b. Geltendmachung der Alpenkonventionsvorschriften auf Unionsebene .....	111
i. Verhältnis zur Schiedsgerichtsbarkeit nach dem Streitbeilegungsprotokoll .....	111
1) Ausschließliche Zuständigkeit des EuGH (Art. 344 AEUV) .....	112
2) Beachtung der Zuständigkeit des EuGH durch andere Gerichte .....	113
ii. Doppelte Rechtshängigkeit – Res-iudicata-Prinzip .....	115
iii. Umfang der gerichtlichen Kontrolle des EuGH bei Gemischten Abkommen .....	117
1) Unionsrecht .....	117
2) Prüfungskompetenz nur bei inhaltlich unbedingten und hinreichend bestimmten völkerrechtlichen Normen? .....	117
iv. Gerichtliche Verfahren bei einem Rechtsstreit innerhalb der Europäischen Union .....	120
1) Untätigkeitsklage .....	120
2) Nichtigkeitsklage .....	120
3) Vertragsverletzungsklage .....	121
4) Vorabentscheidungsverfahren .....	122
5) Gutachtenverfahren .....	122
II. Zu den vorvertraglichen Pflichten der Europäischen Union aus dem Verkehrsprotokoll .....	123
1. Materielle Voraussetzungen des völkerrechtlichen Frustrationsverbots .....	125
a. Abkommen unterzeichnet, aber noch nicht in Kraft getreten .....	125
b. Ziel und Zweck eines Vertrags .....	126
c. Vereitelnde Handlung .....	128
2. Rechtswirkungen des völkerrechtlichen Frustrationsverbots .....	130
3. Rechtliche Geltendmachung des völkerrechtlichen Frustrationsverbots .....	131
a. Völkerrechtliche Streitbeilegungsverfahren .....	131
b. Verfahren vor dem EuGH .....	132

<b>Teil IV Die Anforderungen der Alpenkonvention und ihrer Protokolle an die Infrastrukturmaßnahmen für den alpenquerenden und inneralpinen Gütertransport .....</b>	133
<b>A. Zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge .....</b>	135
<b>B. Struktur des Verkehrsprotokolls .....</b>	139
I. Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen .....	139
1. Ziele, Grundverpflichtungen, Definitionen .....	139
2. Beteiligung der Gebietskörperschaften und internationale Zusammenarbeit .....	140
3. Verhältnis zu den Bestimmungen anderer Protokolle .....	140
a. Art. 4 VP – Berücksichtigung der Ziele in den anderen Politiken .....	141
b. Art. 6 VP – Weitergehende nationale Regelungen .....	141
II. Kapitel II: Spezifische Maßnahmen .....	142
III. Kapitel III: Koordination, Forschung, Bildung und Information .....	143
IV. Kapitel IV: Kontrolle und Bewertung .....	143
V. Kapitel V: Schlussbestimmungen .....	144
<b>C. Die Ziele und Grundverpflichtungen des Verkehrsprotokolls .....</b>	145
I. Art. 2 Abs. 2 lit. j AK, Art. I VP – Ziele .....	145
II. Art. 3 VP – Nachhaltiger Verkehr und Mobilität .....	147
III. Art. 7 – Allgemeine verkehrspolitische Strategien .....	149
<b>D. Spezifische Vorschriften zu den Infrastrukturmaßnahmen für den alpenquerenden und inneralpinen Gütertransport .....</b>	153
I. Verkehrsverlagerung durch die Errichtung geeigneter Infrastrukturen – Direkte Verhaltenssteuerung .....	154
1. Plan-/Programmebene .....	154
a. Pflicht zur Aufstellung von Plänen und Programmen .....	154
b. Strategische Umweltprüfung .....	155
c. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit .....	155
2. Projektebene .....	156
a. Projektevaluation als allgemeine Voraussetzung bei der Errichtung von Infrastruktur .....	156
i. Sachlicher Anwendungsbereich – Große Neubauten oder wesentliche Änderungen oder Ausbauten vorhandener Verkehrsinfrastrukturen .....	156
1) Verkehrsinfrastruktur .....	156
2) Große Neubauten und wesentliche Änderungen oder Ausbauten .....	157
a) UVP nach nationalem oder internationalem Recht .....	157
b) Bereits existierende Projekte .....	159

ii.	Durchführung einer Projektevaluation .....	160
1)	Zweckmäßigkeitssprüfungen .....	160
2)	Umweltverträglichkeitsprüfungen .....	161
3)	Risikoanalysen .....	162
4)	Raumverträglichkeitsprüfung .....	162
iii.	Die rechtliche Implementierung der Alpenkonventionsvorschriften bei der Durchführung der unterschiedlichen Prüfverfahren .....	163
1)	Berücksichtigung der Alpenkonventionsvorschriften bei der Bewertung der Auswirkung eines Vorhabens auf die Umweltgüter .....	164
2)	Berücksichtigung der Ziele der Alpenkonventionsverträge bei der Projektgenehmigung .....	168
iv.	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit .....	170
v.	Unmittelbare Anwendbarkeit und individualschützender Charakter der Norm .....	172
b.	Spezifische Vorschriften bei der Errichtung von Infrastruktur ...	172
i.	Straßenbau .....	172
1)	Verzicht auf den Bau neuer hochrangiger Straßen .....	173
a)	Verzicht .....	174
b)	Hochrangige Straßen .....	174
aa)	Autobahnen .....	174
bb)	Mehrbahnhige, kreuzungsfreie Straßen .....	175
cc)	„In der Verkehrswirkung ähnliche Straßen“ .....	176
c)	Alpenquerender Verkehr .....	179
d)	Bau .....	181
e)	Unmittelbare Anwendbarkeit und individualschützender Charakter der Norm .....	183
f)	Ausnahmen vom Anwendungsbereich .....	183
aa)	Zeitpunkt der Annahme .....	184
bb)	Verzeichnis der Verkehrsinfrastruktur .....	185
2)	Verwirklichung hochrangiger Straßenprojekte für den inneralpinen Verkehr .....	186
a)	Verwirklichung hochrangiger Straßenprojekte .....	186
b)	Inneralpiner Verkehr .....	187
c)	Voraussetzungen .....	187
aa)	Lit. a – Ausgleichsmaßnahmen .....	187
bb)	Lit. b – Alternativenprüfung .....	190
cc)	Lit. c – Ergebnisse der Projektevaluation .....	191
dd)	Lit. d – Berücksichtigung der Raumordnung .....	192
d)	Unmittelbare Anwendbarkeit und individualschützender Charakter der Norm .....	192
e)	Ausnahmen vom Anwendungsbereich .....	193
ii.	Eisenbahn- und Schiffsverkehr .....	193

iii. Sonstige Baumaßnahmen .....	196
1) Baumaßnahmen zur Nutzung der Telematik .....	196
2) Baumaßnahmen zum Schutz der Infrastruktur .....	197
3) Baumaßnahmen zum Schutz vor Verkehrslärm .....	198
4) Baumaßnahmen zur Herstellung eines ökologischen Verbundes .....	199
II. Verkehrsverlagerung durch indirekte Verhaltenssteuerung .....	200
1. Schaffung marktkonformer Anreize .....	200
a. Verkehrsspezifisches Abgabensystem .....	200
i. Pflicht zur Einführung eines Abgabensystems .....	201
ii. Ausgestaltung des Abgabensystems .....	202
b. Kompensationsmodelle .....	206
2. Informationelle Instrumente .....	207
3. Betriebsorganisatorische Instrumente .....	208
E. Zusammenfassung .....	209
<b>Teil V Primärrechtliche Vorgaben der Europäischen Union für die Infrastrukturmaßnahmen zum alpenquerenden und inneralpinen Gütertransport ....</b>	<b>213</b>
<b>A. Kompetenzgrundlagen für verkehrspolitische Umweltmaßnahmen ....</b>	<b>215</b>
I. Die verschiedenen Rechtsgrundlagen des „Verkehrsumweltrechts“ – Ein Überblick .....	215
II. Abgrenzung der Anwendungsbereiche .....	220
1. Methodisches Konkurrenzverhältnis .....	221
2. Einzelfallkriterien .....	222
<b>B. Inhaltliche Vorgaben für eine „Verkehrsumweltpolitik“ ....</b>	<b>225</b>
I. Verkehrspolitik .....	225
1. „Gemeinsame Verkehrspolitik“ .....	226
2. Berücksichtigung der Besonderheiten des Verkehrs .....	227
3. Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit .....	228
4. Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und des Betriebs von Verkehrseinrichtungen .....	229
5. Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Verkehrsunternehmer .....	230
6. Beseitigung der Diskriminierung im Bereich der Güterbeförderung .....	230
II. Transeuropäische Netze .....	231
1. Ziele des Art. 170 Abs. I AEUV .....	232
a. Binnenmarkt .....	232
b. Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt .....	233

2. Konkretisierung der Ziele durch Art. 170 Abs. 2 AEUV .....	233
a. Förderung des Verbundes, der Interoperabilität der Netze und des Netzzugangs .....	233
b. System offener und wettbewerbsorientierter Märkte .....	234
c. Anbindung geografisch abgelegener Gebiete .....	234
3. Maßnahmen der Europäischen Union .....	235
a. Handlungsinstrumente .....	235
b. Verfahren .....	237
4. Koordinierung der einzelstaatlichen Politiken .....	238
5. Zusammenarbeit mit Drittstaaten .....	239
<b>III. Politik zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts .....</b>	<b>240</b>
1. Ziel .....	240
2. Maßnahmen .....	240
<b>IV. Umweltpolitik .....</b>	<b>242</b>
1. Umweltschutz als Querschnittsmaterie .....	242
a. Entwicklung der Querschnittsklausel (Art. 11 AEUV) .....	242
b. Inhalt der Querschnittsklausel (Art. 11 AEUV) .....	243
2. Ziele und Leitlinien der europäischen Umweltpolitik .....	247
a. Erhalt und Schutz der Umwelt sowie Verbesserung ihrer Qualität .....	247
b. Schutz der menschlichen Gesundheit .....	249
c. Rationelle und umsichtige Verwendung der Ressourcen .....	250
d. Förderung von Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Bewältigung regionaler und globaler Umweltprob- leme und insbesondere der Bekämpfung des Klimawandels .....	251
3. Die umweltrechtlichen Handlungsprinzipien .....	251
a. Hohes Schutzniveau .....	252
b. Vorsorge- und Vorbeugeprinzip .....	255
c. Ursprungsprinzip .....	258
d. Verursacherprinzip .....	259
e. Kooperationsprinzip .....	261
i. Unionsinterne Kooperation .....	262
ii. Interstaatliche Kooperation .....	265
iii. Intraorganisationschaftliche Kooperation .....	266
iv. Internationale Kooperation .....	266
4. Umweltpolitische Abwägungskriterien .....	267
a. Verfügbare wissenschaftliche und technische Daten .....	267
b. Umweltbedingungen in den einzelnen Regionen .....	268
c. Vorteile und Belastung aufgrund des Tätigwerdens bzw. eines Nichttätigwerdens der Union .....	269
d. Wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Union insgesamt sowie ausgewogene Entwicklung ihrer Regionen .....	271

<b>C. Zum Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten .....</b>	273
I. Primärrechtliche Vorgaben im nicht-harmonisierten Bereich .....	273
1. Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV) .....	274
2. Grundfreiheiten .....	275
a. Warenverkehrsfreiheit .....	275
i. Mengenmäßige Einfuhrbeschränkung oder Maßnahme gleicher Wirkung .....	275
1) Verbot neuer hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr .....	277
2) Lenkungsabgabe in Form einer Alpentransitbörsen .....	279
ii. Rechtfertigung der Maßnahme .....	279
b. Dienstleistungsfreiheit .....	284
3. Wettbewerb – Beihilferegelungen .....	285
a. Grundsatz (Art. 107 Abs. 1 AEUV) .....	285
b. Ausnahmetatbestände .....	286
4. Abgaben .....	288
5. Verkehrsspezifische Bestimmungen (Art. 90 ff. AEUV) .....	292
a. Verbot der Diskriminierung ausländischer Unternehmer (Stillhalteverpflichtung) .....	292
b. Beseitigung von Diskriminierungen für identische Transporte ...	294
c. Verbot von Unterstützungstarifen .....	295
d. Beseitigung unangemessener Grenzübergangskosten .....	296
6. Grundsatz „freie Wahl des Verkehrsträgers“ .....	296
a. Zur rechtlichen Tragweite des Grundsatzes .....	297
b. Geltung des Grundsatzes als Rechtsprinzip der Europäischen Union .....	298
II. Harmonisierter Bereich .....	299
1. Art. 114 Abs. 4–6 AEUV .....	300
a. Beibehaltung nationaler Vorschriften (Art. 114 Abs. 4 AEUV) ....	301
b. Neueinführung nationaler Vorschriften (Art. 114 Abs. 5 AEUV) .....	303
2. Art. 193 AEUV .....	305
<b>D. Zusammenfassung .....</b>	309
<b>Teil VI Vereinbarkeit der Vorgaben des EU-Sekundärrechts zu den Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen mit den Bestimmungen der Alpenkonventionsprotokolle .....</b>	313
<b>A. Direkte Verhaltenssteuerung .....</b>	315
I. Verkehrspolitische Vorgaben .....	315
1. Verkehrsnetze .....	315
a. Transeuropäische Netze – Beschluss 661/2010 über Leitlinien der Union für den Aufbau eines Transeuropäischen Verkehrsnetzes .....	315

i. Gegenstand des Beschlusses .....	316
ii. Ziele .....	316
iii. Grundzüge .....	318
iv. Prioritäten .....	318
v. Berücksichtigung des Umweltschutzes .....	319
vi. Spezifische Anforderungen an die einzelnen Verkehrsträger .....	320
1) Transeuropäisches Straßennetz .....	321
a) Allgemein .....	321
b) Verstoß gegen Art. 11 VP? .....	321
2) Transeuropäisches Eisenbahnnetz .....	323
3) Meeresautobahnen .....	323
4) Netz für den kombinierten Verkehr .....	324
5) Ortungs- und Navigationsnetz .....	324
vii. Vorhaben von gemeinsamem Interesse .....	325
1) Definition .....	325
2) Vorrangige Projekte .....	325
viii. Verfahrensrechtliche Bestimmungen .....	327
ix. Zusammenfassung .....	327
b. VO 913/2010 – Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr .....	328
i. Ziel und Anwendungsbereich .....	328
ii. Ausweisung von Güterverkehrskorridoren .....	329
iii. Organisation .....	330
iv. Investitionsplanung .....	330
v. Management .....	331
vi. Zusammenfassung .....	332
2. Interoperabilität .....	332
a. Straßenverkehr .....	333
i. RL 2010/40 Intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr .....	333
1) Erlass von Spezifikationen durch die Kommission .....	334
2) Anwendung der Spezifikationen durch die Mitgliedstaaten .....	336
3) Zusammenfassung .....	336
ii. RL 2004/52 Interoperabilität elektronischer Mautsysteme ...	337
b. Schienenverkehr – RL 2008/57 Interoperabilität des Eisenbahnsystems .....	338
3. Intermodalität – RL 92/106 Kombinierter Güterverkehr .....	339
a. Begriff des „kombinierten Verkehrs“ .....	341
b. Maßnahmen zur Förderung des kombinierten Verkehrs .....	342
i. Liberalisierung durch Befreiung von Kontingentierung und Genehmigungspflicht .....	342
ii. Kommissionsbericht .....	343
c. Zusammenfassung .....	343

4. Verkehrssicherheit .....	344
a. RL 2008/96 Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur .....	344
i. Anwendungsbereich .....	345
ii. Sicherheitsinstrumente .....	346
1) Folgenabschätzung hinsichtlich der Straßenverkehrssicherheit .....	347
2) Straßenverkehrssicherheitsaudit .....	348
3) Sicherheitseinstufung .....	348
4) Sicherheitsüberprüfung .....	349
iii. Verbesserung der Verfahren des Sicherheitsmanagements ....	350
iv. Zusammenfassung .....	350
b. RL 2004/54 Sicherheit von Tunneln .....	351
i. Anwendungsbereich .....	352
ii. Inhaltliche Vorgaben .....	353
1) Sicherheitsmaßnahmen .....	353
2) Risikoanalyse .....	353
iii. Zusammenfassung .....	355
II. Umweltrechtliche Vorgaben .....	356
1. RL 2011/92 Umweltverträglichkeitsprüfung bei Projekten .....	357
a. Ziel der UVP .....	357
b. Anwendungsbereich der RL 2011/92 – Das Ob der UVP .....	358
i. Zum Begriff des Projekts .....	358
ii. Klassifikation der Projekte .....	359
1) Anhang-I-Projekte .....	359
2) Anhang-II-Projekte .....	361
iii. Anwendbarkeit der RL 2011/92 auf Teilprojekte .....	365
1) Teilprojekte innerhalb des Hoheitsgebiets eines Mitgliedstaates .....	365
2) Grenzüberschreitende Projekte .....	367
c. Inhalt und Reichweite der UVP – Das Wie der UVP .....	368
i. Materieller Prüfumfang der UVP .....	368
1) Ermittlung der Auswirkungen des Projekts .....	368
a) Unmittelbare und mittelbare Auswirkungen .....	368
b) Kumulative Auswirkungen .....	369
c) Gesamtprojekt .....	370
d) Betroffene Umweltmedien .....	372
e) Umweltauswirkungen auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates .....	373
2) Bewertung der Auswirkungen .....	374
ii. Verfahren der UVP .....	376
1) Anforderungen an den Projektträger .....	376
2) Information und Konsultation .....	380
a) Beteiligung der betroffenen Behörden und der betroffenen Öffentlichkeit im eigenen Hoheitsgebiet ...	380

b) Beteiligung der betroffenen Behörden und der betroffenen Öffentlichkeit in anderen Mitgliedstaaten ...	382
d. Berücksichtigung der Ergebnisse der UVP bei der Genehmigung durch die Behörde .....	383
e. Zusammenfassung .....	387
2. RL 2001/42 Strategische Umweltprüfung bei Plänen und Programmen .....	388
a. Ziel der SUP .....	389
b. Anwendungsbereich der RL 2001/42 – Das Ob der SUP .....	389
i. Zum Begriff der Pläne und Programme .....	390
ii. Klassifikation der Pläne und Programme .....	394
1) Obligatorische SUP .....	394
2) Fakultative SUP .....	396
c. Inhalt und Reichweite der SUP – Das Wie der SUP .....	398
i. Materieller Prüfumfang .....	398
1) Ermittlung der Auswirkungen des Plans/Programms .....	399
2) Bewertung der Auswirkungen .....	401
ii. Formelles Verfahren der SUP .....	402
1) Umweltbericht .....	403
2) Konsultationen .....	403
a) Beteiligung der betroffenen Behörden und der betroffenen Öffentlichkeit im eigenen Hoheitsgebiet .....	403
b) Beteiligung der betroffenen Behörden und der betroffenen Öffentlichkeit in anderen Mitgliedstaaten .....	404
d. Berücksichtigung der Ergebnisse bei der Verabschiedung des Plans/Programms .....	405
e. Zusammenfassung .....	406
3. RL 92/43 Schutz von Flora, Fauna und Habitat .....	408
a. Gebietsschutz .....	409
i. Das Verschlechterungs- und Störungsverbot aus Art. 6 Abs. 2 RL 92/43 .....	409
ii. Die FFH-Verträglichkeitsprüfung nach Art. 6 Abs. 3 und 4 RL 92/43 .....	412
1) Ziel der FFH-Verträglichkeitsprüfung .....	412
2) Anwendungsbereich – Das Ob der Verträglichkeitsprüfung .....	412
a) Begriff der Projekte und der Pläne .....	412
b) Vorprüfung .....	413
3) Inhalt und Reichweite – Das Wie der Verträglichkeitsprüfung .....	414
a) Materieller Prüfumfang .....	414
b) Formeller Prüfumfang .....	417

4) Berücksichtigung der Ergebnisse der Verträglichkeitsprüfung bei der Annahme des Plans bzw. bei der Genehmigung des Projekts .....	417
b. Artenschutz .....	422
c. Zusammenfassung .....	424
4. RL 2009/147 Vogelschutzrichtlinie .....	426
a. Gebietsschutz .....	427
i. Schutzregime des Art. 4 Abs. 4 S. 1 RL 2009/147 .....	427
ii. Schutzregime des Art. 7 i. V. m. Art. 6 Abs. 2–4 RL 92/43 ...	429
b. Artenschutz .....	430
c. Zusammenfassung .....	432
5. RL 2002/49 Umgebungslärmrichtlinie .....	433
a. Anwendungsbereich .....	434
b. Inhaltliche Vorgaben für die Mitgliedstaaten .....	435
i. Strategische Lärmkarten .....	436
ii. Aktionspläne zur Lärmbekämpfung .....	437
c. Inhaltliche Vorgaben für die Organe der Europäischen Union ....	440
d. Zusammenfassung .....	441
6. RL 2008/50 Luftqualitätsrahmenrichtlinie .....	442
a. Zielsetzung .....	442
b. Verpflichtungen der Mitgliedstaaten .....	444
i. Beurteilung der Luftqualität .....	444
ii. Luftqualitätspläne .....	445
c. Zusammenfassung .....	446
III. Exkurs: Europäisches Raumentwicklungskonzept (EUREK) .....	447
1. Ziel und Struktur des EUREK .....	448
2. Umsetzung des EUREK durch die Finanzierung von INTERREG-Programmen .....	449
3. Zusammenfassung .....	450
<b>B. Indirekte Verhaltenssteuerung .....</b>	<b>451</b>
I. Finanzielle Anreize .....	452
1. Verkehrsspezifisches Abgabensystem .....	452
a. RL 99/62 Wegekostenrichtlinie .....	452
i. Entstehungsgeschichte .....	453
ii. Überblick .....	456
iii. Ziel .....	457
iv. Allgemeine Bestimmungen zu Maut- und Benutzungsgebühren .....	458
1) Zum Begriff der Maut- und Benutzungsgebühren .....	458
2) Fakultative Einführung von Maut- und Benutzungsgebühren .....	459
3) Anwendungsbereich der Bestimmungen über Maut- und Benutzungsgebühren .....	459

a) Fahrzeuge ab einem Gesamtgewicht von 3,5 t .....	459
b) Straßen des Transeuropäischen Netzes und Autobahnen .....	461
4) Diskriminierungsfreie Ausgestaltung .....	462
5) Kumulationsverbot von Maut- und Benutzungsgebühren .....	463
6) Zweckbindung der Einnahmen .....	464
7) Berichterstattung an die Kommission .....	464
v. Spezifische Vorgaben für Benutzungsgebühren .....	464
vi. Spezifische Vorgaben für Mautgebühren .....	465
1) Infrastrukturgebühr .....	465
a) Zum Begriff der Infrastrukturgebühr .....	465
b) Höhe der Infrastrukturgebühr .....	466
c) Differenzierungsmöglichkeiten bei der Festlegung der Infrastrukturgebühr .....	467
aa) Zurückgelegte Wegstrecke und Fahrzeugtyp .....	467
bb) EURO-Emissionsklassen .....	467
cc) Differenzierung zur Vermeidung von Staus .....	469
dd) Differenzierung bei spezifischen Vorhaben von großem europäischen Interesse .....	471
d) Ermäßigungen bei der Infrastrukturgebühr .....	471
e) Information der Kommission .....	472
2) Externe Kosten .....	472
a) Zum Begriff der externen Kosten .....	472
b) Anlastung der externen Kosten .....	475
c) Höhe der Gebühren für externe Kosten .....	475
d) Information der Kommission .....	477
3) Aufschlag für Bergregionen .....	477
a) Voraussetzungen .....	478
b) Ausgestaltung des bergspezifischen Aufschlags .....	479
c) Zum Verhältnis von bergspezifischem Aufschlag und Gebühr für externe Kosten .....	479
d) Zweckbindung der Einnahmen .....	480
vii. Abgeschlossenheit der Richtlinie .....	481
viii. Zusammenfassung .....	482
b. RL 2001/14 Erhebung von Entgelten für die Nutzung von Eisenbahninfrastruktur .....	485
i. Allgemein zur Entgeltregelung .....	486
ii. Entgeltmaßstab .....	487
iii. Entgeltgrundsätze .....	488
1) Grundsatz .....	488
2) Abweichungen von den Entgeltgrundsätzen .....	491
iv. Entgeltnachlässe .....	492
v. Ausgleich von nicht angelasteten Umweltkosten und Infrastrukturstarkosten .....	493
vi. Zusammenfassung .....	493

2. Steuererstattungen – RL 92/106 Kombinierter Verkehr .....	494
3. Subventionen .....	495
a. VO 680/2007 Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für alle Formen Transeuropäischer Verkehrs- und Energienetze .....	496
i. Ziel und Anwendungsbereich .....	496
ii. Voraussetzungen .....	497
iii. Formen und Modalitäten des Unionszuschusses .....	498
iv. Zusammenfassung .....	498
b. VO 1084/2006 Kohäsionsfonds .....	499
c. VO 1080/2006 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung ..	500
d. VO 1692/2006 Marco-Polo-Programm .....	503
i. Ziel und Anwendungsbereich .....	504
ii. Förderungswürdige Antragsteller und Aktionen .....	504
iii. Zusammenfassung .....	506
II. Kennzeichnungssysteme – VO 1221/2009 Umweltmanagement .....	506
1. Ziel .....	507
2. Teilnahme an dem System .....	507
3. Zusammenfassung .....	508
<b>Teil VII Bilaterale Abkommen: Das Landverkehrsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union .....</b>	<b>509</b>
<b>A. Struktur des Landverkehrsabkommens .....</b>	<b>511</b>
<b>B. Koordinierte Verkehrspolitik .....</b>	<b>513</b>
I. Beachtung der in Art. 32 LVA aufgeführten Grundsätze .....	513
1. Rechtliche Tragweite des Grundsatzes der freien Wahl des Verkehrsträgers .....	514
2. Der Grundsatz der Nichteinführung einseitiger mengenmäßiger Beschränkungen .....	515
3. Allgemeines Diskriminierungsverbot .....	516
4. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der dem Verkehr angelasteten Kosten .....	516
II. Entwicklung der alpenquerenden Eisenbahninfrastruktur und Verkehrsdienste .....	517
1. Neue Alpentransversale (NEAT) .....	517
2. Wettbewerbsfähigkeit .....	518
III. Gebührenregelungen .....	519
1. Gebührenregelung im Straßenverkehr .....	520
a. Ziele .....	520
b. Anwendungsbereich .....	520
c. Zum Begriff der Straßenbenutzungsgebühren .....	520
d. Grundsätze .....	521

e. Fiskalische Vorgaben .....	522
i. Verpflichtungen der Schweiz .....	522
1) Differenzierung und Höhe der Gebühr .....	523
2) Zusammensetzung der Gebühr .....	524
a) Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe .....	524
b) Maut für besondere alpine Infrastruktur .....	525
3) Einseitige Schutzmaßnahmen .....	526
ii. Verpflichtungen der Europäischen Union .....	527
2. Wegeentgelt für den Schienenverkehr .....	528
<b>C. Zusammenfassung .....</b>	<b>531</b>
<b>Teil VIII Zusammenfassende Schlussbemerkung und Ausblick .....</b>	<b>533</b>
<b>A. Zusammenfassende Schlussbemerkung .....</b>	<b>535</b>
<b>B. Ausblick .....</b>	<b>541</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>543</b>